



## **Wie die Länder mit rechtsextremen "Feindeslisten" umgehen**

Bericht: Arndt Ginzel, Gudrun Grossmann, Daniel Laufer

Ausgerechnet am 20. Juli – dem Tag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler – provozieren Neonazis in Kassel. Ursprünglich wollten Anhänger der Splitterpartei „Die Rechte“ vor dem Amtssitz des ermordeten Regierungspräsidenten Walter Lübcke demonstrieren. Das wurde verboten. Protestieren dürfen sie, jedoch an einem anderen Ort in Kassel.

### **Sven Skoda, Bundesvorstand Die Rechte**

**Ich weine dem Lübcke keine Träne nach. Darüber müssen wir nicht reden. Und ich würde auch keinem dieser bundesdeutschen Politiker auch nur eine Träne nachweinen. Ich glaube aber trotzdem, dass es nicht der richtige Weg ihn zu erschießen.**

Der Ermordung von Walter Lübcke ging verbale Hetze voraus. Am Rand der Demonstration treffen wir einen engen Wegbegleiter des getöteten Regierungspräsidenten. In der Zeit massiver Bedrohung war Kurt Heldmann oft an dessen Seite.

### **Kurt Heldmann, Ehemaliger Mitarbeiter von Walter Lübcke**

**Wir sind mal zusammen nach Eschwege gefahren und er hatte da so eine Imbissbude, wo er gern unterwegs mal einkehrt, was isst, was trinkt. Da musste erst die Polizei rein, so war es, dass sein Leben eingeschränkt war. Das hat ihn gestört.**

Der Polizeischutz für Walter Lübcke war notwendig. Sein Name stand auch auf Listen, die Rechtsextremisten über ihre politischen Gegner anlegen. So wie die Internetplattform Nürnberg 2.0.: Steckbriefartig sind persönliche Daten von Politikern, Richtern, Journalisten und Kirchenvertretern aufgeführt: Gerade nach dem Tod von Walter Lübcke sollte die Gefährlichkeit solcher Listen ernst genommen werden, meint sein ehemaliger Mitarbeiter

### **Kurt Heldmann**

**Ich erwarte auch von der Polizei, dass sie Betroffene warnt, informiert, sich darum kümmert, berät, wie müssen sie ihr Leben weiterführen.**

Wunsch oder Wirklichkeit? Wie gehen Sicherheitsbehörden mit Betroffenen um, die auf Drohlisten von Neonazis gelandet sind. Eine Spurensuche quer durch Deutschland:



### **Bernhard Amelung, Lokaljournalist, Badische Zeitung**

**Man darf sich auch eingeschüchtert fühlen, bedroht fühlen, tatsächlich. Man weiß ja nicht, was passiert. Wenn man das Auto vor dem Haus auf der Straße stehen hat, kann man ja auch davon ausgehen: Ok, jemand schraubt da an den Reifen rum. Irgendwas habe ich im Briefkasten drin. Möglicherweise werden meine Fenster eingeworfen. Diese Liste gerät ja dann auch in Kreise, wo ich zunächst nicht möchte, dass meine Adresdaten unterwegs sind.**

Bernhard Amelung ist Redakteur bei der Badischen Zeitung: Dessen Name, Adresse und Telefonnummer erschienen Anfang des Jahres auf einer Liste im Internet. Unbekannte hatten Daten auf der freizugänglichen, linken Internetplattform Indymedia hoch geladen. Den rund 200 aufgelisteten Personen drohen die mutmaßlich rechtsextremen Täter: „Wir Kriegen Euch ALLEE“, gemeint ist wohl „alle“.

Dass Bernhard Amelung auf dieser Liste stand, darüber informierte ihn ein Verein für Opfer rechter Gewalt. Er erstattete Strafanzeige. Doch die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen Unbekannt schon nach kurzer Zeit ein.

### **Bernhard Amelung**

**Mir bleiben zwar zivilrechtliche Ansprüche gegen die Person offen, aber dazu müsste ich ja den Namen wissen gegen den ich mich wenden kann.**

**Das heißt, ich stehe letzten Endes machtlos da und meine Daten schwirren auf Drohlisten rum, ohne dass ich dazu was in der Hand habe. Ich kann da nichts machen, ich bin da tatsächlich machtlos.**

Auf der Liste auch er: Jean Peters, Mitglied der Künstlergruppe Peng!-Kollektiv, ausgezeichnet mit dem Aachener Friedenspreis. Für ihn liegen die Motive der Täter auf der Hand:

### **Jean Peters, Peng! - Kollektiv**

**Natürlich ist Einschüchterung eines der Hauptmotive. Im Prinzip geht es darum, so ein bisschen zu sortieren: Wer ist in Deutschland wie politisch einzuordnen? Und öffentlich zu zeigen: Wir haben keine Angst davor, auch mit Gewalt zu drohen und Menschen ganz persönlich einzuschüchtern. Das ist für Leute, die Kinder haben zum Beispiel auch nochmal eine ganz besonders aggressive Gefahr.**



Jean Peters erfährt von Freunden, dass seine persönlichen Daten auch auf der Liste stehen. Er wendet sich an die Berliner Polizei. Deren Rat verwundert ihn:

### Jean Peters

**Und die Reaktionen waren, ich sag mal übersetzt: Ja dann gehen Sie einfach weniger in die Öffentlichkeit! Und: Achten Sie darauf, dass Sie Ihre Telefonnummer niemandem weitergeben! ich soll im Endeffekt so ein bisschen drauf achten, dass ich öffentlich nicht so gut zu finden bin. Nicht so gut zu sehen bin. Und das ist genau das, was die Neonazis wollen.**

Eine Drohliste zwei Betroffene aus unterschiedlichen Bundesländern. Was die beiden eint, sie fühlen sich von der Polizei im Stich gelassen:

Wie unterschiedlich die Sicherheitsbehörden mit Drohlisten der Neonazis umgehen, verdeutlichen Antworten der von uns angefragten Landeskriminalämter.

In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Sachsen wurden die Betroffenen nicht informiert.

In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wiederum überließen die Landeskriminalämter die Entscheidung den Polizeidienststellen, ob sie Personen auf der Liste informieren oder nicht.

Die bayerische Polizei rief Personen, deren Daten veröffentlicht wurden, an, und ließ ihnen Formulare für Strafanzeigen zukommen. Hessische Beamte sprachen mit Betroffenen. Thüringer Polizisten informierten Personen auf der Liste – wie es heißt: um sie zu sensibilisieren.

August 2017, Durchsuchungen in Mecklenburg-Vorpommern: Es geht um eine mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigung: Nordkreuz. Neben Waffen und Munition finden sich auch bei dieser Gruppe wieder Drohlisten. Das Gefährliche an dem Netzwerk, ihm gehören Spezialkräfte von Polizei und Bundeswehr an.

### **Martina Renner, MdB, Mitglied Bundestagsinnenausschuss, Die Linke:**

**Das sind ja Spezialisten, ausgebildet an der Waffe. Die können Nahkampf, die wissen wie man klandestin kommuniziert, die wissen Überwachungstechniken und wie man die umgehen kann, das ist ja alles ihr Dienstgeschäft jeden Tag und das ist massiv gefährlich. !**



Die mutmaßlichen Rechtsterroristen wollten gezielt politische Gegner töten, so der Verdacht. Sie verfügten über illegal erbeutete Datensätze aus dem Internet: 25.000 Namen und Adressen. Vor allem auf den Großraum Rostock hatte es Nordkreuz abgesehen. Dafür spricht eine umfangreiche Materialsammlung über Politiker und Aktivisten aus dem linken Spektrum der Region.

Erst bei einer Zeugenvernehmung durch das Bundeskriminalamt erfuhren 29 Opfer zwei Jahre nach Aufliegen des Netzwerks, dass sie sogar ausspioniert wurden. Eine von ihnen, die Landtagsabgeordnete der Linken und Rostocker Bürgerschaftsmitglied Eva Maria Kröger.

**Eva Maria Kröger, MdL, Die Linke Landtagsabgeordnete Mecklenburg Vorpommern und Mitglied der Bürgerschaft Rostock:**

**Das Bundeskriminalamt hat sehr deutlich klar gemacht, dass sie bereits im Herbst 2017 sich dafür ausgesprochen haben, also empfohlen haben, dass bestimmte Personen, die in diesen Materialsammlungen auftauchen, dass die informiert werden, dass sie sensibilisiert werden. Die Landesbehörden haben sich dafür entschieden das nicht zu tun.**

So sieht die Praxis aus – und das ist wohl auch Ursache der Informationsdefizite. Das Bundeskriminalamt erstellt eine Gefährdungsanalyse, wie im Fall der diversen Listen und leitet diese an die Landeskriminalämter weiter. Die wiederum entscheiden eigenständig, ob sie Betroffene informieren oder nicht.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic sieht hier eine gravierende Schwachstelle, will deshalb Kompetenzen bündeln:

**Irene Mihalic, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Bündnis Neunzig die Grünen:**

**Deswegen wäre es wichtig, dass es irgendwo zentral eine koordinierende Stelle gibt, an die sich einerseits Menschen wenden können, um überhaupt zu erfahren, dass sie auf einer solchen Liste stehen, dass ihr Name in der rechtsextremistischen Szene auftaucht und auf der anderen Seite eine Stelle gibt, die eben auch Schutzmaßnahmen koordiniert, die diese Menschen auch beraten kann, an wen sie sich wenden können und welche Möglichkeiten es da gegebenenfalls gibt.**

Wer auf Listen von Neonazis gerät, braucht kompetente Beratung und wenn nötig: zuverlässigen Schutz. Und, die Betroffenen brauchen die Sicherheit, dass die Zivilgesellschaft stabil ist - sich nicht einschüchtern lässt. So wie vergangenes Wochenende in Kassel.